

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 301. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Komparillezeit 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamergrie 150 Goldpf., für gewöhnliche Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Briefe u. Briefe 40 Proq. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 112

Dresden, Mittwoch den 14. Mai 1924

35. Jahrg.

## Tragödie der Ruhrbergarbeiter

Den Ruhrbergarbeitern sind seit Jahren Besatzungen und Leistungen zugemutet worden, das es angeht, über die Verhältnisse, unter denen diese Arbeiterarbeit zu leisten hat, nähere Angaben zu machen. Lassen wir zunächst einmal Zahlen reden. Nach der amtlichen Statistik hat sich der Schichtförderanteil je Arbeiter im Ruhrbergbau in den Jahren 1913, 1920, 1921, 1922 wie folgt gestaltet:

Jahr	Dauer u. Zahl der Arbeiter	Sonst. Untertagearbeit	Arbeiter insgesamt
1913:	1,882 100	1,183 100	3,065 100
1920:	1,500 80,56	0,831 70,24	0,631 67,42
1921:	1,566 84,10	0,809 68,30	0,627 66,99
1922:	1,596 85,39	0,813 68,72	0,633 67,63

Vergleiche sind nur zulässig unter gleichen Verhältnissen und Voraussetzungen, die aber hier nicht gegeben sind. Die Höhe des Schichtförderanteils ist abhängig von der Schicht- und Leistungsfähigkeit der Arbeiter, den Mägen und Arbeitsverhältnissen, der Organisation des Betriebes, der Materialwirtschaft, der Raumpersonalstellung, der Zusammensetzung der Belegschaft usw. Der Schichtförderanteil bildet also nicht einmal einen Maßstab für die Bemessung der Leistung der Arbeiter. Einen solchen gibt es im Bergbau überhaupt nicht. Die Leistung läßt sich immer nur von Fall zu Fall, und auch dann nicht einmal zuverlässig ermitteln, weil sich die leistungsbegleitenden Faktoren nie ganz übersehen lassen.

Der beste Maßstab für die Bemessung der Leistung ist die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die hauptsächlich abhängig von ihrer Entlohnung, deshalb haben wir die vorstehende Hebersicht hauptsächlich gebracht, um nach dieser Richtschnur Vergleiche zu ermöglichen. Nach der amtlichen Statistik betragen die Löhne im Durchschnitt der Jahre 1913, 1920, 1921, 1922 — für die Jahre 1920 bis 1922 nach dem Berliner amtlichen Dollarmittelkurs umgerechnet — je Arbeiter und Schicht im Ruhrbergbau:

Jahr	Dauer u. Zahl der Arbeiter	Sonst. Untertagearbeit	Arbeiter insgesamt
1913:	6,47 100	4,54 100	5,36 100
1920:	8,48 63,79	2,68 64,08	2,91 54,29
1921:	8,23 49,92	2,68 56,73	2,76 51,49
1922:	1,7 24,27	1,23 27,09	1,35 25,10

Obwohl diese Hebersicht für die Jahre 1920 bis 1922 keine absoluten, sondern nur annäherungsweise zeigt, weil die Lebenshaltungskosten in dieser Zeit durchschnitten unter dem amtlichen Dollarmittelkurs lagen, gestattet sie doch Vergleiche mit dem Schichtförderanteil. Gemessen an den Löhnen ist der Schichtförderanteil danach nicht gesunken, sondern gestiegen. Der Wille zur Leistungssteigerung war also bei den Bergarbeitern im höchsten Maße vorhanden, aber er wurde systematisch unterbunden und durch die beispiellos törichte Lohn- und Schichtmacherpolitik der einseitig geführten Betriebsräte.

Für das Jahre 1923 liegen noch keine amtlichen Zahlen vor. Wenn wir die tariflichen Durchschnittslöhne aller Arbeiter und die Spitzlöhne der Hammerarbeiter für die jeweilige Geltungsdauer, umgerechnet nach dem Berliner amtlichen Dollarmittelkurs, einsehen, dann ergibt sich folgende Hebersicht (in Mark):

Jahr	Durchschnittslöhne	Spitzlöhne
1. Mittel 1923:	0,82 — 2,46	0,77 — 2,36
2. „ 1923:	1,41 — 3,46	1,36 — 2,56
3. „ 1923:	1,36 — 8,44	1,32 — 8,16
4. „ 1923:	2,10 — 9,90	2,03 — 9,67

Wenn diese Hebersicht auch keine absoluten, sondern nur annäherungsweise zeigt, so läßt sie doch weitestgehend erkennen, in welchem Ausmaß die Realitäten inmitten des Vorkriegsnotstands überleben konnten auf Seiten der Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter. Nach Aufhebung des positiven Widerstandes trat zu alledem noch eine monatliche Arbeitslosigkeit, wodurch die Verwendung weiter geschränkt wurde. Trotzdem haben die Bergarbeiter sich zur Arbeit bereit erklärt und der Schichtförderanteil im Infolgedessen im März 1924 auf 0,880 Tonnen je Arbeiter, das sind 94,02 Prozent des Schichtförderanteils von 1913. Während der Lauf der Opferwille der Bergarbeiter nicht bewiesen werden als durch diese Tatsache. Aber hat diesen Opferwillen nun anzuerkennen und die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter durch entsprechendes Entgelt zu belohnen und sonstigen Fragen zu sichern, geschah das genaue Gegenteil. Man hat den Ruhrbergarbeitern nicht nur die gesamten Mittelkassen aufgebürdet, sondern sie auch noch überdies materiell und seelisch mit Dämonen getrieben.

### Die Erklärung der Bergarbeiterverbände

Reichskommissar Wehlig ist in fortwährender Fühlungnahme mit den Zechenindustriellen und den vier Bergarbeiterorganisationen, um durch unerbittliche Vorbesprechungen den Weg zu schneller und erfolgreicher Verständigungsverhandlungen, die am Mittwoch beim Reichsarbeitsminister stattfinden werden, zu ebnen. Der Verlauf der letzten Verhandlungen zwischen Industriellen und Bergarbeitern zeigt, daß die Parteien den formellen Verhandlungspunkt in den Vordergrund rücken. Die Auffassung der Bergarbeiterorganisationen über den Verhandlungspunkt ergibt sich aus folgender Darlegung:

Die Erklärung des Zechenverbandes fußt auf einer mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehenden Auslegung der Reichstages. Wir müssen nochmals betonen, daß für die Unterzeichnung einer Verständigungsbasis für die Maßnahmen der Ausperrung nicht gegeben war. Am 3. Mai wurden bei den Verhandlungen in Bonn die beiden Schiedssprüche vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Da mit der Verbindlichkeitsklärung gleichzeitig eine Abänderung der geistlichen Schiedssprüche erfolgte, konnte die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung nach dem fixen Wortlaut des § 2 der zweiten Ausführungsverordnung über das Schlichtungsverfahren vom 29. Dezember 1923 erst dann in Kraft treten, wenn beide Parteien der Abänderung zustimmen hätten. Eine Partei, die der Abänderung zustimmt, während die Partei der Arbeitnehmerorganisationen sofort Revierkonferenzen einberief, die Stellung zu dieser veränderten Sachlage nehmen sollten. Nach dem die Konferenz für Dienstag den 6. Mai einberufen waren und sich für Zustimmung oder Ablehnung aussprechen konnten, sperrten die Unternehmer einer großen Anzahl von Zechen die Bergarbeiter, die vor Stellungnahme der Konferenz die Verbindlich-

keitsklärung nicht anerkannten, aus. Dieses Vorgehen stellt den Rechtsbruch der Zechenbesitzer dar, der sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Revierkonferenz vom Dienstag den 6. Mai die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkannte. Mit dieser Nichtanerkennung war die Reichstages so gefaßt, daß eine der Parteien der erfolgten Abänderung der Schiedssprüche nicht zugestimmt hat. Damit war auch keine Wahlkraft gegeben, die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums als rechtsgültig anzusehen.

Bonn, 13. Mai. (Eig. Draht.) Der Führer des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter, Jambusch, ist von den französischen Besatzungsbehörden zu einer Besprechung geladen worden. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Besatzungsbehörde nunmehr doch gewillt ist, in dem nun schon über 8 Tage dauernden Streit im Ruhrgebiet einzugreifen.

### Der Zechenverband weist Verhandlungen ab

Gelsen, 13. Mai. Der Zechenverband teilt mit: den Presse-meldungen der letzten Tage, daß Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterorganisationen über die bestehenden Streitigkeiten geführt seien, muß mit aller Bestimmtheit entgegengehalten werden, daß ihr Zweck lediglich darin bestehen kann, die öffentliche Meinung irrezuführen. Tatsächlich haben Verhandlungen, an denen der Zechenverband beteiligt gewesen wäre, bisher weder in Berlin noch im hiesigen Revier stattgefunden, abgesehen von einer von zwei Vertretern des Zechenverbandes am vergangenen Sonntag abgeführten Aussprache mit dem Herrn Reichs- und Staatskommissar Wehlig.

### Förderung des Separatismus

Duisburg, 13. Mai. (Eig. Ber.) Die Separatisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind in der letzten Zeit wieder sehr rührig. Unter dem Schutze der Besatzung werden fortwährend geheime Zusammenkünfte abgehalten, in denen neue Pläne gestaltet und die Vorbedingungen für die Durchführung der Pläne geschaffen werden. Am Duisburger Güterbahnhof haben mehrere nächtliche Zusammenkünfte unter Teilnahme der Syndikalistischen und des Kampfbundes F. F. R. stattgefunden. Die Zusammenkünfte werden von französischer Seite bewacht und beschützt. Für eine eventuelle Aktion sollen Waffen und Uniformen bereit liegen. Neben dem Rheinischen Unabhängigkeitsbund bezieht der Kampfbund F. F. R. eine umfangreiche separatistische Organisations- und Agitationsarbeit. In einer am 8. Mai in Oberhausen in der Wohnung des Kampfbundmitgliedes Wölfe stattgefundenen Aktionsausschusssitzung wurde von dem Bundesvorsitzenden Quake folgendes berichtet: Am 7. Mai habe unter seiner Teilnahme eine Sitzung der Räumung stattgefunden. Die Räumung habe die Ermächtigung erteilt, die Zechen wieder in Betrieb zu nehmen. Welche Mittel und Wege er benutzen wollte, wäre ihm freigestellt. Die Besatzungsbehörde würde ihm jeden Schutz angedeihen lassen. Gebadet ist die Sache so, daß der Kampfbund F. F. R. die Unternehmung der Zechen durchführt, während die Räumung für die Verteilung und Abfuhr der Kohlen Sorge trägt. In Flugblättern werden die Bergarbeiter aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es werden ihnen eine 30prozentige Lohnerhöhung und die Sechsenstundentage zugesichert. Jeder, der mit diesen Bedingungen einverstanden ist, hat einen dem Flugblatt angehefteten Zettel zu unterschreiben und diesen dem Vertrauensmann des F. F. R. Bundes abzugeben. Dieser überreicht die gesammelten Zettel bis spätestens Sonnabend der Räumung. Montag früh soll dann bei geeigneter Beteiligung der Arbeiter der Betrieb auf den Zechen wieder aufgenommen werden. Die Leitung sollen einflussreiche französische Ingenieure übernehmen, die nach außen hin als Mitglieder des F. F. R. Bundes gelten. Widerstand der Zechenbesitzer gegen die Öffnung der Zechen soll durch die Besatzung gebrochen werden.

Die Gruppengewaltigen, die sich sonst des Patriotismus rühmen, aber noch nie Vaterlandsgelübde gehalten, wenn eine patriotische Pflicht auch Opfer kostete, zeigen sich also auch jetzt wieder als die Stützen der reichsfeindlichen Bewegung; denn ohne die Ausperrung der Bergarbeiter hätte der Separatismus nie neue Stöße erhalten.

### Von der kommunistischen Feme

Schwerin, 13. Mai. (Eig. Draht.) Eine Untersuchung des ersten Sozialdemokraten Hennig über den Mord an dem Senator Jonas in Hagenow erwarb folgende Tatsachen: Der Mord ist vorbereitet und ausgeführt worden von Mitgliedern einer der kommunistischen Partei unterstellten illegalen Organisation. Diese Organisation ist unter einflussreichen Mitgliedern der K. P. D. bekannt als P. A. Abteilung, d. h. Partisanen-Abteilung, die sich über ganz Deutschland erstreckt. (Partisanen heißt eine Schutztruppe mit amerikanischer, messerförmiger Spitze.) Diese Abteilung hat die Aufgabe, Aufstände vorzubereiten und Gelegenheiten zu beobachten, bei denen sich gewalttätige Zustände inszenieren lassen. Eine Unterabteilung ist die N. Abteilung, die sogenannte Nachrichtenabteilung. Der Leiter der P. A. Abteilung für Mecklenburg und Pommern war der am Sonntag in Neubrandenburg seinen Selbstmord erlösende „Harry“, der auf dem Sterbebett seine letzten Aussagen über seine Personalkarte verzeichnete. Es noch jegliche Auskunft über seine Personalkarte verzeichnete. Es ist ihm heute nicht gelungen, den eigentlichen Namen des „Harry“ zu ermitteln. Die sogenannten Retransmissionsliste sind, wie ermittelte werden konnte, in dem einzelnen Bezirk der K. P. D. Mitgliedern nur dem Vornamen nach bekannt. Größtenteils wissen die K. P. D. Mitglieder nichts von dem Verbleib illegaler Organisationen. Geldmittel sind stets genügend vorhanden. Die Frauen der Inspektoren werden gut unterrichtet. Woher die Gelder kommen, ist noch nicht festgestellt. „Harry“ scheint besser Bescheid zu sein. Er machte den Eindruck eines gebildeten, aber lamaritimen durchschnittlichen Menschen. Nach seiner Fremdwort schien er Suche zu sein. Einer der Mitarbeiter hat angegeben, daß der Mord von der P. A. Abteilung angeordnet worden ist. Wer der eigentliche Täter ist, steht noch nicht fest. Die Ermittlungen gehen weiter. Interessant ist, daß „Harry“ nach eigenen Bekundnis am dem Fall Bogenward in der Russischen Handels-gesellschaft beteiligt gewesen ist. Durch einen Zufall ist er der Verhaftung entkommen.

## Der problematische Reichstag

Von Hermann Fleißner

Wie wird sich der neue Reichstag zum Reparations-gutachten stellen? Das ist die große Frage, die nach der Wahl und nach der Zusammenlegung des Reichsparlamentes ungeheuer aktuell geworden ist. Sie ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Die in- und ausländische Presse kennt zur Zeit kein andres Thema von weltpolitischer Bedeutung. Herr Helfferich nannte das Gutachten in absolut ablehnendem Sinne „das zweite Versailles“. Herr Stresemann erklärte kurz vor der Auflösung in einer seiner letzten Reden des alten Reichstags, der Ausgang der Ruhraktion bedeute für Deutschland einen zweiten verlorenen Krieg. Das sind Streiflichter der politischen Lage! Nun aber drängen die Verhältnisse zu einer fundamentalen Entscheidung. Die bürgerlichen Mittelparteien sind durch ihre Vertreter in der jetzigen Reichsregierung festgelegt, die ohne Vorbehalt — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — das Gutachten als die Grundlage für endliche Lösung des Reparations-problems annehmen. Die Haltung der Sozialdemokratie zur Erfüllungsfrage ist von vornherein ganz klar, bestimmt und eindeutig gewesen. Sie legt dabei allerdings den Schwerpunkt nach wie vor auf das Bie der Erfüllung. Das ist der wichtige Punkt, in dem sie in scharfem Widerspruch zu allen bürgerlichen Parteien steht. Auch diese bedeutungsvolle innerpolitische Frage harret im neuen Reichstag der Lösung. Sie wird noch scharfer in Erscheinung treten als bier. — Nach der durch die Wahl veränderten Konstellation kommt im Reichstag nun alles auf die Deutschnationalen an. Wenn es richtig wäre, was in diesen Tagen die Kreuzzeitung schrieb: Die Haltung der Deutschnationalen zum Gutachten der Entente sei „unverändert“, dann wäre die Lage im Reichstages hoffnungslos. So ist es jedoch offenbar nicht. Wenn doch, dann müßte das sozialdemokratische Volk begehren die Lösung bringen!

Vor der Neuwahl standen die Deutschnationalen in rücksichtsloser Wortopposition gegen jede Regierung, hauptsächlich wegen der Gestaltung der Reparationspolitik. Sie waren während der Ruhraktion neben den Deutschvölkischen der ärgsten Heher, die alle schlimmen Instinkte nationalistischer Kreise zum aktiven Widerstande aufputschten. Leider mit einem gewissen Erfolg; daher der „weite verlorene Krieg“. Nach derselben Methode trieben sie auch die Wahlagitator. Die Stichworte dazu hatten deutschnationale Führer monatelang vorher durch ihre Reden inner- und außerhalb des Reichstages geliefert. „Deutschnational sein, heißt deutschvölkisch sein“, so war es im Wahlprogramm der Deutschnationalen zu lesen. Damit haben sie den Deutschvölkischen das Wasser stark abgegraben. — Als der Ruhrwiderstand am Ende der Möglichkeit war, forderte Herr Hergt in einer Besprechung der Parteiführer im Reichstag den Bruch mit Frankreich „mit allen seinen Konsequenzen“. Auf dem ostfälischen Parteitag der Deutschnationalen Mitte März dieses Jahres verlangte Hergt: Aktive Außenpolitik und aktiver Widerstand, der, wenn nötig, bis zum Angriff (!) gesteigert werden müsse. Und Graf Westarp wünschte in einer Berliner Versammlung im November 1923 den Abbruch der Verhandlungen mit allen seinen Folgen. Mit diesen Folgen wurde in der leichtfertigen Weise gespielt. Westarp erklärte, daß man das weitere Eindringen der Franzosen nach Deutschland dann eben in Kauf nehmen müßte. Schlummer ist in der ganzen Kampagne seit der Unterschrift zum Versailler Vertrag nie mit dem Feuer gespielt, d. h. mit den lebenswichtigsten Interessen der breiten Massen des Volkes ist ein frivoles Spiel getrieben worden. Und wenn trotzdem die Dinge nicht zum äußersten, schlimmsten gebracht wurden, so ist das nicht zuletzt dem starken politischen Faktor Sozialdemokratie zu danken. Das muß gerade jetzt hervorgehoben werden, da die Deutschnationalen wie es scheint zeigen wollen, daß sie auch anders können. Jetzt, nachdem sie bei den Wahlen ihren Zweck, wenn auch längst nicht ganz nach Wunsch, erreicht haben. Sie sind Machtstreber um jeden Preis. Alles was sie tun, geschieht im einseitigsten Parteinteresse. Jedes Mittel der Demagogie ist recht. Diese Politik hat insofern ein Loch, als mit politischem Machtzuwachs auch die Verantwortlichkeit gerade unter den gegebenen Verhältnissen wächst. Was nun tun?

Auf den Deutschnationalen ruht im neuen Reichstag die größte Last der Verantwortung, denn auf sie kommt es bei den großen Entscheidungen, die bald zu treffen sind, an. Wollen sie nun die praktischen Konsequenzen aus ihrer bisher vertretenen Politik ziehen? Nun, wo sie ausschlaggebend sind? Wollen sie das nicht, dann ist die skrupellosste und riesengroße Demagogie dieser Partei von aller Welt entlarvt! Die Schwertung der Deutschnationalen ist so plöcklich und so froh, daß auch der politische Abscheu sie erkennen muß. Nur einmal ist Herr Hergt der Meinung, daß man „kein Unannehmliches“ aussprechen, daß man „keine neuen Konflikte schaffen“ dürfe, daß man „das Versprechen halten“ müsse, und daß man „in objektiven Kreisen des Auslandes ein Recht habe, zu hoffen“. Das ist etwa das gerade Gegenteil von dem, was man aus diesen Kreisen bis zum Wahltage gehört hat! Die Deutschnationalen sind die Gefangenen ihrer radikalen Ideologie und der Unauflöslichkeit der politischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die politische Vernunft verlangt, daß sie das Karokri an sich völkischen